

AFGHANISTAN

Enttäuschter König

In wenigen Tagen soll die neue afghanische Charta, das verfassungspolitische Fundament der Gesellschaft nach der Taliban-Ära, der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Eine 35-köpfige Kommission hat, nach langwierigem Ringen und unter dem Druck unterschiedlicher Interessengruppen, 182 Artikel ausgearbeitet. Die wichtigsten betreffen die künftige Regierungsform des Staates sowie sein Verhältnis zum islamischen Recht, zu Frauen und zu Minderheiten. Eckpfeiler sind Meinungsfreiheit, das aktive und passive Wahlrecht für Frauen und das Recht auf kostenlose Erziehung. Offenbar befürwortet das Gremium eine parlamentarische, islamische Republik mit einem starken Präsidenten und einem Premierminister als Doppelspitze. Voraussichtlich am 10. Dezember debattieren die 500 Mitglieder der Großen Ratsversammlung „Loya Jirga“ die Vorlage, um sie dann als Grundgesetz zu verabschieden. Es würde die alte Verfassung aus dem Jahr 1964 ablösen.

Sofern keine wesentlichen Änderungen am Entwurf erfolgen, wird dem früheren König Zahir Schah, 88, keine offizielle Rolle mehr zufallen. Das ist womöglich der Hauptgrund, weshalb der kregle Monarch seine Rückkehr ins römische Exil vorbereitet, aus dem er erst im April 2002 nach 29 Jahren Auslandsaufenthalt zurückgekehrt war. Einer seiner Söhne treffe in Italien bereits entsprechende Vorkehrungen, berichtet der



Premier Karzai und Zahir Schah (bei dessen Rückkehr aus dem Exil 2002)

Kommandeur des deutschen Isaf-Einsatzkontingents in Kabul, Oberst Rudolf Retzer. Zahir Schah sei „enttäuscht über die afghanische Übergangsregierung und über Präsident Hamid Karzai“, weil der sich „in den Provinzen nicht gegen die Warlords durchsetzen“ könne. Während die Amerikaner sich bemühen, Zahir Schah, der vor allem bei der paschtunischen Bevölkerung als Symbol für Frieden und Einheit gilt, im Land zu halten, werden bei Hofe jedwede Reisepläne heftig dementiert: „Der König will in Afghanistan begraben werden.“



Unruhen in Warschau (im Oktober 2002), Solidarność-Chef Sniadek



PATRICK PLEUL / DPA

Gefräßiger Feind

Die legendäre Gewerkschaft Solidarność versucht ein Comeback. Für den Herbst hat sie eine ganze Serie von Protestaktionen gegen die postkommunistische Regierung von Ministerpräsident Leszek Miller angekündigt. Sogar über einen Generalstreik will die Ge-

werkschaftsführung ihre Mitglieder abstimmen lassen. Vor zwei Jahren hatte Millers Partei, das Demokratische Linksbündnis (SLD), der damals zutiefst zerstrittenen Solidarität eine schwere Wahlniederlage beigebracht. Danach wurde es still um die Gewerkschaft. Vorboten eines Wiedererstarkens waren in diesem Sommer einige von der Solidarität organisierte Streiks in Betrieben, denen die Schließung droht. In War-

schau lieferten sich Mitte September mehrere tausend Bergleute Straßenschlachten mit der Polizei. Sie verlangen, die Arbeitsplätze in der hoch subventionierten und nur zum Teil privatisierten Schwerindustrie zu retten. „Damals war unser Feind der Kommunismus, heute ist es der gefräßige Kapitalismus“, sagt Zbigniew Kowalski, Gewerkschaftsführer einer bestreikten Waggonbau-Firma im westpolnischen Ostrów Wielkopolski. Zu ihren besten Zeiten 1980 und 1981 bekannten sich fast zehn Millionen Polen zur Solidarität, mit Lech Walesa stellte sie den ersten nichtkommunistischen Präsidenten nach der Wende. Heute hat sie kaum Rückhalt bei jungen Leuten und nur noch 830 000 Mitglieder – gerade mal fünf Prozent der polnischen Arbeiter. Statistisch verliert Solidarność täglich 88 Mitglieder. Sympathien für Walesas heutigen Nachfolger an der Gewerkschaftsspitze, Janusz Sniadek, bekundet lediglich ein Prozent der Polen.